

VW-Revisionsberichte von 2022 weisen aus, dass Richtwerte für krebserregende Stoffe in zwei Modellen deutlich überschritten werden.

Andreas Joachim Schweiger

Wolfsburg. „Vorsicht! Diese Ausdünstungen können bei starken Gerüchen zu vorübergehendem Unwohlsein führen. Stellen Sie das Fahrzeug sicher ab und lüften Sie das Fahrzeug. Gehen Sie an die frische Luft, bis das Unwohlsein nachlässt.“ Diese Warnung steht auf einem „Beileger“ im Bordbuch des VWWohnmobils Grand California mit einem Kunststoff-Hochdach, dessen Serienproduktion 2019 begann. Sie richtet sich an die Fahrerinnen und Fahrer des Autos und gibt Empfehlungen, falls ihnen am Steuer schummrig wird.

Die genannten „AUSDÜNSTUNGEN“, die aus dem glasfaserverstärkten (GFK) Hochdach des Campers strömen, können jedoch noch weit gefährlicher sein, als das Wort „Unwohlsein“ vorgibt. Styrol, Benzol und auch Formaldehyd, um diese Stoffe geht es, gelten ab einer gewissen Konzentration als krebserregend.

Das war bei VW bekannt, wie interne Revisionsberichte, die unserer Redaktion vorliegen, ausweisen. Auch, dass das Hochdach mit seinen Emissionen weder die entsprechende VW-interne Norm 50180 „Bauteile, Komponenten, Halbzeuge und Werkstoffe des Fahrzeuginnenraums“ erfüllt noch unter den vom Umweltbundesamt (UBA) festgesetzten Richt- und Leitwerten bleibt. Im Gegenteil, die Richtwerte wurden zum Teil deutlich überschritten.

Dazu einige Beispiele: Als Leitwert für Benzol gibt das UBA eine Maximalbelastung von 4,5 Mikrogramm je Kubikmeter Raumluft vor. Der entsprechende Revisionsbericht weist in zwei Messungen des Grand California 600 hingegen Werte von 159,1 Mikrogramm im September 2021 und 55,1 Mikrogramm im Januar 2022 aus.

Für Styrol weist das UBA den sogenannten Gefahrenrichtwert von 300 Mikrogramm aus, erreicht wurden in den erwähnten Messungen 4535,6 beziehungsweise 2156,1 Mikrogramm je Kubikmeter. Für Formaldehyd gilt der Richtwert von 100 Mikrogramm, gemessen wurden 224,7 beziehungsweise 205,3 Mikrogramm. Die Richtwerte wurden also mindestens um das Doppelte, zum Teil um ein Vielfaches

überschritten. Auch beim Grand California 680, der etwas größer ist als die 600er-Variante, wurden die Richtwerte für Benzol und Styrol überschritten. Nur bei Formaldehyd blieb der Wert unter der vom UBA definierten Grenze.

Dennoch entschied sich der VW-interne Ausschuss für Produktsicherheit 2022 gegen einen Rückruf der betroffenen Fahrzeuge, sondern stattdessen für den zitierten Beileger. Wie es im VW-Geschäftsbericht für das vergangene Jahr heißt, wurde der Ausschuss für Produktsicherheit gegründet zur „umfassenden Bewertung und effizienten Behebung von Produktsicherheitsrisiken für den Kunden als Nutzer“.

Der APS, wie der Ausschuss im VW-Jargon genannt wird, sah in diesem „Beileger“ ganz offensichtlich das geeignete Mittel zur „effizienten Behebung“ der vom Hochdach ausgehenden Risiken. Allerdings gab es diesen Zettel für das Bordbuch nur für Kunden, die das Wohnmobil kauften. Für das wird derzeit in seiner Basisversion ein Listenpreis von knapp 82.000 Euro aufgerufen.

Auf den Beileger verzichtet wur-

de hingegen bei dem Bruder des Grand California, dem Crafter, den es seit 2017 mit Kunststoff-Hochdach-Variante gibt. Der wird zum Beispiel als Lieferwagen, Kleinbus und Rettungsfahrzeug genutzt. Dieses Auto ist also oft ein Arbeitsplatz, der den ganzen Tag über von den Fahrern genutzt wird.

All diese Informationen stehen in den erwähnten VW-internen Revisionsberichten aus dem Jahr 2022, die unserer Redaktion vorliegen. Sie sind mit der höchsten Dringlichkeitsstufe versehen. Sie weisen auf die Risiken für Volkswagen und die Kunden des Autobauers hin. Genannt werden Risiken für „das Auftreten von Gesundheits-, Qualitäts- und Sicherheitsproblemen im Feld“ – also auf der Straße und bei den Kunden.

Erläutert wird in den Berichten auch, wie versucht wurde, das Problem zu lösen. Etwa durch eine nachträgliche Wärmebehandlung, die aber nicht die erwünschten Effekte gebracht habe, und Auftrag einer Lackschicht auf die Kunststoffdächer von innen. Es wird weiter berichtet, dass der Lieferant der Hoch-

dächer zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe 2018 mit „C“ und damit mit der schlechtesten Note bewertet gewesen sei, die VW an seine Lieferanten vergeben kann. Das habe gleichzeitig bedeutet, dass der Lieferant nicht „vergabefähig“ gewesen sei. „Der Lieferant hat bis heute nicht in geforderte Qualität geliefert, da er die VW 50180 nicht eingehalten hat“, führen die Verfasser des Revisionsberichts auf.

Als Ursache nennen sie unter anderem Kosten- und Zeitdruck, denn der Grand California sollte rechtzeitig zum Start der Campingsaison zu den Händlern. Ein weiterer Aspekt: „Das Risikomanagement- und interne Kontrollsystem der durch uns geprüften Prozesse war nicht angemessen und nicht wirksam.“ Ein Aspekt, der unwillkürlich Erinnerungen an den 2015 aufgefliegenen Abgas-Betrug weckt.

Bei den Kunden blieben die beschriebenen Mängel nicht unbeachtet. Unklar ist nur, ob sie ahnten, dass sie sich womöglich Gesundheitsgefahren ausgesetzt haben, als sie in ihrem Grand California unterwegs waren. In einem Internetfo-

rum Caliboard berichtet ein Paar im Mai 2020 über seine ersten Erfahrungen mit dem Camper Grand California: „Eine Sache macht uns allerdings etwas Sorgen: Das Fahrzeug riecht ganz furchtbar nach irgendwelchen Ausdünstungen von Klebstoffen oder Möbelplatten. Wir sind in dieser Hinsicht überhaupt nicht empfindlich und genießen bei jedem Neuwagen den Geruch und bedauern es, wenn er irgendwann nachlässt. Dieser Geruch ist allerdings so brutal (Bittermandel, Marzipan), dass an eine Übernachtung im Auto derzeit nicht zu denken ist. Wir haben die Fahrt von Hannover nach Hamburg auch nur bei geöffnetem Fenster überstanden und hatten danach üble Kopfschmerzen.“

Im selben Forum schreibt ein anderer Besitzer: „Unsere dicke Berta riecht extrem nach GFK bzw. dessen Ausdünstungen. Bei unserer ersten Ausfahrt am letzten Wochenende stand die Tür sehr lange auf. Nun ist es ein bisschen besser. Wenn sich das Fahrzeug stark aufheizt, wird es entsprechend wieder mehr.“

Die in den Revisionsberichten geschilderten Missstände spielen eine Rolle in einem Prozess vor dem Arbeitsgericht Braunschweig. Darin fordern zwei VW-Manager Schadenersatz in Millionenhöhe vom Autobauer. Der Grund: Sie haben nach Angaben ihres Braunschweiger Rechtsanwalts Markus Bialobrzeski als Mitverantwortliche für die Berichte die dort aufgeführten Verfehlungen als Hinweisgeber VW-intern gemeldet.

Die Folgen seien für seine Mandanten aber sehr negativ gewesen, sagte Bialobrzeski in der Güteverhandlung vor dem Arbeitsgericht Braunschweig am vergangenen Donnerstag vor Weihnachten. Das Team der Kläger sei von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, ihre Arbeit behindert, ihre Abteilung eine Art Geisterabteilung ohne Aufträge geworden. Zudem hätten sie finanzielle Einbußen erlitten, weil ihnen eine anstehende Beförderung und damit eine Gehaltserhöhung versagt worden sei.

Rechtsanwalt Gunnar Straube, der VW vertritt, sagte in der Güteverhandlung kurz vor Weihnachten, dass die Klage aus Sicht des Unternehmens nicht begründet sei. So seien die Kläger weder Hinweisgeber, noch hätten sie einen Anspruch auf eine Gehaltserhöhung. Die inhaltlichen Vorwürfe bestritt er nicht, sagte aber: VW habe die Themen aufgegriffen. Ein Gutachten habe entsprechende Maßnahmen empfohlen, die umgesetzt worden seien. Welche Maßnahmen das gewesen sein sollen, blieb allerdings unklar.

Ähnlich äußerte sich Volkswagen auf Nachfrage. Die Kläger seien nicht benachteiligt worden, hieß es aus Wolfsburg. Mit Blick auf die inhaltlichen Vorwürfe verwies Volkswagen auf interne und externe Bewertungen, aus denen sich keine Verpflichtung ergeben habe, sich an die Behörden zu wenden. Das haben aber die Kläger getan. Dafür gab es nach Angaben des Unternehmens aber weder die Notwendigkeit noch die Berechtigung. „Dementsprechend entstehen nach Ansicht der Volkswagen AG auch keine Ansprüche nach dem Hinweisgeberschutzgesetz“, hieß es. Bei dieser Position blieb das Unternehmen auch auf erneute Nachfrage am Freitag.

Die Staatsanwaltschaft Braunschweig bestätigte unserer Redaktion, dass sie Ermittlungen wegen der Vorwürfe eingeleitet habe.



Aus VW-internen Revisionsberichten geht hervor, dass das Kunststoffhochdach des Grand California Schadstoffe freisetzt, die die Leit- beziehungsweise Richtwerte des Umweltbundesamtes zum Teil um ein Vielfaches überschreiten.

VW / ARCHIVC

Zahl der Messerangriffe in Niedersachsen weiterhin auf hohem Niveau

Das Landeskriminalamt erwartet für dieses Jahr abermals einen Anstieg der Attacken mit Messern.

Hannover. Die Zahl der Messerangriffe ist in Niedersachsen nach vorläufigen Zahlen abermals gestiegen. Im Jahr 2023 wurden landesweit 3048 solcher Attacken in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst und damit 8,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Für das laufende Jahr sei eine Zunahme im mittleren zweistelligen Bereich festzustellen, teilte das Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur mit. Konkrete Zahlen teilt die Behörde vor dem Jahresabschluss aber generell nicht mit.

Als Messerangriff werden in der Statistik Taten gewertet, bei denen der Angriff gegen eine Person angedroht oder ausgeführt wird. Das



Ein Bundespolizist zeigt ein sichergestelltes Messer

PAUL ZINKEN/
DPA IMAGES

bloße Mitführen eines Messers reiche für eine Erfassung nicht aus, hieß es vom LKA.

Im Vor-Corona-Jahr 2019 wurden in Niedersachsen in der Kriminalstatistik der Polizei 2218 Messerangriffe erfasst. In den Folgejahren stiegen die Fallzahlen auf 2377 (2020), 2450 (2021), 2804 (2022) und 3048 im vergangenen Jahr.

„Die stark gestiegene Zahl der Messerangriffe ist hochgefähr-

lich und wirkt sich verheerend auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger aus“, sagte Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens (SPD) im Juni. Damals folgte eine Mehrheit im Bundesrat einer niedersächsischen Initiative zur Verschärfung des Waffenrechts. Es brauche einen Maßnahmen-Mix aus Waffenverbotszonen sowie einer Verschärfung des Waffenrechts, sagte Behrens.

Die Länder wollten mit der Initiative erreichen, dass die von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) angekündigte Reform des Waffenrechts schnell umgesetzt wird. Weil am 23. Februar ein neuer Bundestag gewählt werden soll, ist unklar, wann die Reform des Waf-

Niemand, der keinen anerkannten Grund hat, muss an diesen Orten ein Messer dabeihaben.

Daniela Behrens (SPD)
Niedersachsens Innenministerin

fenrechts kommt. Einige Änderungen wurden laut dem Niedersächsischen Innenministerium aber bereits mit dem sogenannten Sicherheitspaket der Bundesregierung berücksichtigt, das im Oktober in Kraft trat.

Im Kampf gegen Messerkriminalität können von den Kommunen

Waffenverbotszonen eingerichtet werden. Die Stadt Hannover hat ihre Waffenverbotszone in der Innenstadt im August ausgeweitet, auch der Rat der Stadt Braunschweig beschloss im November eine solche Zone. In Wolfsburg wird es ab 1. Januar bereits zweite Waffenverbotszone geben. Die Stadt Osnabrück ordnete im Juni eine Waffenverbotszone an. „Niemand, der keinen anerkannten Grund hat, muss an diesen Orten ein Messer dabeihaben“, sagte Behrens.

Im öffentlichen Nahverkehr in Hamburg gilt seit dem 16. Dezember ein Waffenverbot. Ein solches Verbot für den ÖPNV gibt es in Niedersachsen bisher nicht. *dpa*